

Welthandelsorganisation (WTO): Fairplay?

Von Richard Gerster

Bei vielen Globalisierungskritiker(inne)n ist die WTO zum Feindbild Nummer Eins avanciert, wie die Spruchbänder an den Demonstrationen bezeugen. Kein Zweifel, es fehlt nicht an Gründen zur Kritik. Trotz allen Schwachstellen darf jedoch nicht vergessen werden, dass die WTO nicht mehr als eine Bühne für ein Theaterstück abgibt, wo den wirtschaftlich starken Spielern die Hauptrollen zufallen. Änderungen der Handelspolitik werden in Washington, Brüssel, Tokio, usw. entschieden. Der Protest gegen die heutigen Formen der Globalisierung im Sinne des Mottos von Porto Allegre „Eine andere Welt ist möglich“ muss sich deshalb in erster Linie an unsere eigene Regierung richten. Bundesrat Joseph Deiss ist gefordert.

Ein Blick zurück: Am 24. März 1948 wurde die Charta der Internationalen Handelsorganisation (ITO) in Havana von 54 Staaten unterzeichnet. Diese „Havana-Charta“ war ein umfassendes, von den USA geprägtes Vertragswerk, das unter anderem faire Arbeitsbedingungen, private Wettbewerbsbeschränkungen, Investitionsvoraussetzungen und Rohstofffragen thematisierte – alles Probleme, welche mehr als ein halbes Jahrhundert danach immer noch einer Lösung harren. Ausgerechnet der US-Kongress weigerte sich jedoch, die Havana-Charta zu ratifizieren.

Herausforderung „Nachhaltige Entwicklung“

Lediglich ein Teil der Havana-Beschlüsse, nämlich der Allgemeine Zoll- und Handelsvertrag (GATT), wurde Wirklichkeit. Dennoch prägten die GATT-Prinzipien die Weltwirtschaft der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Abbau von Handelsbarrieren und Diskriminierungsverbot trugen wesentlich zum heutigen Wohlstand der Industrie- und Schwellenländer bei. Das Umfeld für die Nachfolgeorganisation des GATT, die am 1. Januar 1995 aus der Taufe gehobene Welthandelsorganisation (WTO), hat sich jedoch grundlegend geändert. Die koloniale Welt nach dem Zweiten Weltkrieg ist mit der wirtschaftlichen und politischen Landkarte am Anfang des 21. Jahrhunderts nicht zu vergleichen.

Die neue Herausforderung heisst „Nachhaltige Entwicklung“, die am Erdgipfel von 1992 in Rio de Janeiro konkretisierte und in Johannesburg 2002 bekräftigte Marschrichtung der von der Völkergemeinschaft anvisierten Weltentwicklung. Die WTO sieht sich mit Problemen auf verschiedenen Ebenen konfrontiert:

- **Wirtschaftlich:** Hartnäckige Handelsbarrieren in der Landwirtschaft, umstrittene Liberalisierung von Dienstleistungen (GATS), kein Konsens im Dossier des Geistigen Eigentums (TRIPs), privater Protektionismus;
- **Ökologisch:** Handelsförderung ohne Schonung der Umwelt, trotz Marktversagen keine Internalisierung externer Kosten (namentlich im Transportwesen), ungeklärte Schnittstellen zwischen multilateralen Umweltabkommen und der WTO;
- **Sozial:** Keine Kompensation von Verlierern, Marginalisierung und mangelnder Schutz der schwachen WTO-Mitglieder, Klärung des Verhältnisses zur Internationalen Arbeitsorganisation betreffend universeller Sozialstandards;
- **Politisch:** Gefahr der Instrumentalisierung der WTO durch die handelspolitischen Supermächte (USA, EU), Androhung und Anwendung unilateraler Handels-sanktionen (USA) abseits der WTO, Zerfall der Weltwirtschaft in regionale Handelsblöcke;
- **Institutionell:** Demokratie-Defizit, mangelnde Integration von Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs), Forderung nach Öffnung der WTO-Kultur im Sinne von Transparenz und Partizipation an WTO-Prozessen.

Marginalisierung des Südens

Allen gesellschaftlichen Veränderungen zum Trotz sind Armut und Elend bisher nicht besiegt worden. Bemerkenswerten wirtschaftlichen und sozialen Fortschritten in einigen Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas steht hartnäckige Armut im Süden und eine wachsende Verarmung und Verunsicherung auch im Norden gegenüber. Historiker/innen werden dereinst die Bedeutung der WTO daran messen, welchen Beitrag der Handel für jene 1,2 Milliarden Menschen leistet, die in absoluter Armut mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen müssen. Die explodierenden Wohlstandsunterschiede zwischen Arm und Reich, zwischen Nord und Süd sind sowohl ein vergifteter Boden für die Weltwirtschaft als auch eine

Bedrohung des sozialen Friedens. Bisher sind die ärmeren Länder in der WTO mit Worten statt Taten abgespiessen worden.

Im November 2001 wurde an der vierten WTO-Ministerkonferenz in Doha (Quatar) der Rahmen für die Weiterarbeit – die neunte Welthandelsrunde, bis spätestens am 1.1.2005 abzuschliessen – abgesteckt. Die Vertreter/innen des Nordens setzten den Auftakt zu einer weiteren Liberalisierung namentlich bei den Dossiers der Landwirtschaft, Dienstleistungen, im öffentlichen Beschaffungswesen und die Vorbereitung von Verhandlungen über Wettbewerbs- und Investitionsfragen durch. Die wirtschaftlich schwächeren Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas verlangten mit mässigem Erfolg die Lösung der zahlreichen Umsetzungsprobleme früherer Beschlüsse und beschleunigte Marktöffnungsmassnahmen des Nordens. Denn Exporte sind auch für sie die bei weitem wichtigste Einnahmequelle, um Güter aus dem Ausland zu einzukaufen. Exporte schaffen Arbeit und Verdienst, und das interessiert nicht nur die Regierungen und Wirtschaftskapitäne, sondern die breite Bevölkerung.

Die Vorbereitungen für die fünfte WTO-Ministerkonferenz in Cancun (Mexico) vom 10.-14. September 2003 kommen nur harzig voran. Ungelöste Konflikte zwischen den USA und der EU namentlich im Agrarbereich bremsen den Prozess. Die Entwicklungsländer sehen ihre Interessen einmal mehr verraten, nachdem die USA im Dezember 2002 einen zwar schwachen, aber symbolträchtigen Kompromisstext zum Schutz des geistigen Eigentums bei Medikamenten im Falle von Notsituationen blockiert hatten. Entgegen den Vorgaben kam bis Ende 2002 keine Einigung darüber zustande, wie die besonderen Bedürfnisse der Entwicklungsländer verbindlich in die WTO-Verträge eingebaut werden sollen. Stattdessen treiben die Industrieländer die neuen Themen (Investitionen, Wettbewerb) weiter voran. So befürchten die wirtschaftlich und politisch schwachen Länder, dass ihre Anliegen einmal mehr unter die Räder kommen und die in Doha gross angekündigte „Entwicklungsrunde“ ein Papiertiger bleiben wird.

Auf dem Hintergrund der verbreiteten Unzufriedenheit im Süden mag die Beitrittschwelle zur WTO erstaunen. Zur Zeit (Mitte 2003) zählt sie 146 Mitglieder, weitere 27 stehen in Beitrittsverhandlungen. Die WTO-Mitgliedschaft zählt zum

Kernbestand des Pfades der Weltmarktintegration. Der Beitritt Chinas von 2001 und die laufenden Verhandlungen mit Russland zeugen davon. Abseitsstehen bei der WTO hiesse, einzeln mit den Handelsgrossmächten über Marktzugang etc. zu verhandeln. Nichts spricht dafür, dass bilateral bessere Bedingungen herausgeholt werden könnten, im Gegenteil. So bleiben für wirtschaftlich schwache Länder – und auch Kleinstaaten wie die Schweiz – multilaterale Handelsregeln dem Gesetz des Dschungels allemal vorzuziehen. Wenn hingegen das Recht des Stärkeren gilt, können schwache Akteure nur verlieren.

Spielregeln verbürgen noch kein Fairplay

Schweizer Diplomaten pflegen die WTO als demokratischste unter den multilateralen Organisationen zu preisen. Weil jede Nation eine Stimme hat, ist das formal richtig. Schon in George Orwells berühmten Roman „Animal Farm“ waren Alle gleich, aber Einige gleicher. So zeigt sich auch im Verhandlungsalltag der WTO sehr rasch, wer das Sagen hat. Die Existenz von Spielregeln verbürgt noch keineswegs Fairplay. Vergleichen wir den Welthandel mit einem Fussballspiel:

Im Fussball bleiben die Regeln während des Spiels gleich. Im Welthandel ändern die USA und Europa die Regeln, wenn es ihren Interessen entspricht. Der Textilhandel unterstand bereits früher dem GATT. Als dann namentlich asiatische Länder die Textilindustrie der USA und EU erfolgreich konkurrenzieren, erzwangen diese eine Suspendierung der GATT-Grundsätze und beschränkten die Textilimporte, um ihre eigene Textilindustrie zu schützen. Deren Liberalisierung bis zum Jahr 2005 wird nun ein zweites Mal in Angriff genommen und den Entwicklungsländern erneut als handelspolitisches Zugeständnis „verkauft“.

Die Fussballmeisterschaft ist gegliedert in verschiedene Ligen je nach Spielstärke der Teams. Im Welthandel hingegen konkurrieren die ärmsten Länder direkt mit den stärksten Exporteuren der obersten Liga. Alle haben zum Beispiel das Recht, das Einkommen ihrer Bauern mit Oeko-Direktzahlungen aufzubessern. Weil die Entwicklungsländer sich das einfach nicht leisten können, sind die Spiesse völlig ungleich. Eigentliche Regeln zum Schutz der Schwächeren sind an einem kleinen Ort. Bestenfalls bestehen seitens der WTO längere Übergangsfristen.

Zum Fairplay im Fussball gehört es, dass alle Teams über 11 Spieler/innen verfügen. Im Handel ist das anders. Wirtschaftlich schwache Ländern können sich am WTO-Sitz in Genf zum Teil überhaupt keine Delegation oder nur eine minimale Präsenz leisten. Fortgeschrittene Länder wie Thailand oder Mexiko haben eine bescheidene, eigene WTO-Delegation in Genf, während das zum Beispiel für Sierra Leone oder Haiti nicht der Fall ist. Demgegenüber haben Industrieländer grosse Delegationen, welche sie nach Bedarf durch Spezialisten ergänzen.

Im Fussball werden die Spielregeln unter gleichberechtigten Verbänden ausgehandelt. Im Handel prägen interessierte Länder die WTO-Regeln nach ihren eigenen Bedürfnissen. Der Einschluss von Patenten und anderen Formen des geistigen Eigentums in der WTO wurde dem Süden vom Norden aufoktroziert. Denn der Süden möchte möglichst ungehindert und kostengünstig Zugang zum technischen Wissen haben, während die USA, die Schweiz und andere überwiegend Technologieexporteure sind und ihre Rechte an geistigem Eigentum weltweit durchsetzen wollen.

Im Fussball verhindert ein Schiedsrichter, dass sich das Recht des Stärkeren breit macht. In der WTO gibt es zwar formale Spielregeln, welche die Willkür der Mächtigen beschränken. Burkina Faso beispielsweise kann die USA bei der WTO einklagen, weil diese mit der massiven neuen Subventionierung der eigenen Baumwollfarmer ganz offensichtlich die WTO-Regeln verletzen. Burkina Faso hätte sogar gute Chancen, Recht zu bekommen und würde im Erfolgsfall zu Gegenmassnahmen ermächtigt. Doch welche Gegenmassnahmen kann eines der ärmsten Länder der Welt schon ergreifen? Diese könnten bestenfalls Nadelstiche sein, welche der „Elefant“ USA kaum spüren wird, und im schlechteren Fall reagieren die USA mit „Liebesentzug“ auf anderen Gebieten. Viel überzeugender wäre es, wenn der Verlierer Kompensationszahlungen zu leisten hätte.

Im Fussball pfeift ein Schiedsrichter bei Offside ab. Im Welthandel dominieren bekanntlich multinationale Gesellschaften mehr als zwei Drittel aller Käufe und Verkäufe. Diese Marktmacht wird durch keine internationalen Kartellkontrolle begrenzt. So können Multis durchaus restriktive Geschäftspraktiken anwenden und

aus konzerninterner Logik heraus z.B. Lieferungen ausländischer Tochterfirmen einkaufen statt konkurrenzfähige Offerten lokaler Anbieter zu berücksichtigen. Die WTO kämpft zwar gegen staatlichen Protektionismus. Doch allzuoft dürfte dieser nur durch den privaten Protektionismus marktmächtiger Konzerne ersetzt werden – ohne dass ein Schiedsrichter eingreift.

Die Forderung nach Freihandel und Liberalisierung war schon immer eine Losung der weltwirtschaftlichen Spitzenreiter – Nationen und Konzerne -, um möglichst ungehindert neue Märkte zu erschliessen. Die gleiche Freiheit für Fuchs und Huhn im Hühnerstall hat für beide sehr ungleiche Folgen. Der französische Philosoph und Theologe Robert de la Mennais brachte diese Tatsache auf die Formel „Zwischen Arm und Reich unterdrückt die Freiheit und befreit die Gerechtigkeit“. Entgegen allen Schmalmeien zählen die ärmeren Länder und Bevölkerungsgruppen kaum zu den Gewinnern der WTO.

Diesen Marginalisierungstendenzen ist so entgegenzuwirken, damit die WTO-Spielregeln allen zugute kommen und weder der Umwelt noch den ärmeren Ländern Schaden zufügen, sondern mit der Idee Nachhaltiger Entwicklung vereinbar werden. Eine Nachhaltige Entwicklung garantiert allen Menschen dieser Welt ein würdiges Leben, ohne die Lebensqualität der künftigen Generationen zu gefährden. Die Liberalisierung braucht Leitplanken, die Schwachen brauchen Schutz. Die WTO verhält sich wie ein Verkehrspolizist, der das Verkehrsvolumen steigern will, statt sich um den Schutz der Fussgänger und Radfahrer als schwächste Verkehrsteilnehmende zu kümmern. Die Schweiz als WTO-Mitglied und Sitzstaat ist gefordert.

Demokratie-Defizit

Die WTO unterscheidet sich institutionell grundsätzlich von ihrem Vorläufer, dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT). Sie geht weit über klassische Verhandlungen zu Zolltarifen hinaus und umfaßt auch viele gesellschaftlich relevante Bereiche von der Landwirtschaft über das Bankwesen bis hin zu Medikamenten. Welche Bedeutung der WTO heute zukommt, zeigen die Globalisierungskritischen Massendemonstrationen in Genf, Davos oder Seattle. Schon seit Jahren gab es

Strassenproteste von Verlierern der Globalisierung an die Adresse der WTO, nur zählen zum Beispiel einige Hunderttausend friedlich demonstrierende Bauern in Indien medienmässig nicht. Legitimität und Verfahrensregeln der WTO sind nur unzureichend entwickelt, um dieser neuen Verantwortung für nachhaltige Entwicklung in wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Hinsicht Rechnung zu tragen. Sogar der schweizerische Chefunterhändler während der Uruguay-Runde, Staatssekretär Franz Blankart, diagnostizierte im WTO-Prozeß ein Demokratiedefizit.

Denn nationale Politik wird zunehmend auf multilateraler Ebene entschieden. Die traditionelle Trennung von Innen- und Außenpolitik ist immer weniger haltbar. Die Vereinbarungen der Uruguay-Runde konnten von den nationalen Parlamenten nur als Gesamtpaket verabschiedet oder abgelehnt werden. Dieses Vorgehen hatte faktisch eine Verlagerung der Gesetzgebungskompetenz von der Legislative zu den Handelsdiplomaten zur Folge. Die demokratisch gewählten Mitglieder der nationalen Parlamente konnten zum Beispiel nicht mehr über die Patentdauer entscheiden - Handelsattachés bearbeiteten dieses und Tausende anderer "Details", die früher zu den parlamentarischen Prärogativen gehörten. Zudem finden Handelskonferenzen hinter verschlossenen Türen statt, während parlamentarische Entscheidungsprozesse durch eine viel größere Öffentlichkeit gekennzeichnet sind.

Im Vergleich zu den anderen grossen multilateralen Organisationen wie UNO, Weltbank, Währungsfonds ist die WTO am geschlossensten. Trotz Fortschritten hat sie einen Nachholbedarf an Offenheit und Transparenz. Das bekommen die privaten Umwelt- und Entwicklungsorganisationen sehr direkt zu spüren, wenn sie WTO-Entscheide im öffentlichen Interesse beeinflussen wollen. Unverständlicherweise hat die Schweiz es bisher abgelehnt, Vertreter der Zivilgesellschaft in die offizielle WTO-Delegationen aufzunehmen, obschon das in Ländern wie den USA oder Norwegen gang und gäbe ist.

Bis jetzt sind die Nationalparlamente mit der Politikentwicklung auf multilateraler Ebene kaum befaßt. Nicht nur fehlt es an geeigneten institutionellen Vorkehrungen. Überdies scheinen die von der WTO behandelten Angelegenheiten vielen Parlamentsmitgliedern weit weg und haben deshalb für sie keine Priorität. So kommt

die Relevanz von Welthandelsentscheidungen für die Gesellschaft in keiner Weise zum Tragen.

Auf Anregung schweizerischer Hilfswerke lancierte eine Mehrheit (129 Mitglieder) des Schweizer Parlaments bereits 1996 einen Appell an den WTO-Generalsekretär und formulierte ihr Interesse an "neuen Formen der parlamentarischen Mitwirkung in den WTO-Prozessen". Insbesondere schlugen die Parlamentarier vor, ein "WTO-Parlament, das sich aus einzelnen Mitgliedern der Parlamente aller Mitgliedstaaten zusammensetzen sollte", in Erwägung zu ziehen.

Thomas Cottier, Völkerrechtsprofessor an der Universität Bern und Vorsitzender einer Reihe von GATT/WTO Schiedsgerichts-Panels hat vor einiger Zeit einen ähnlichen Vorschlag gemacht: "Unter dem Gesichtspunkt demokratischer Legitimierung mag die globale Integration irgendwann die Einrichtung eines WTO-Parlaments nötig machen, in welchem ein weites Spektrum von Interessen vertreten ist, eingeschlossen jene, welche die das Gemeinwohl vertreten."

Die wirtschaftliche Globalisierung erfordert neue und innovative Antworten auf politischer Ebene, falls die Politik in rein wirtschaftlich bestimmten Verhandlungen nicht weiter an Boden verlieren soll. Die Idee eines supranationalen Parlaments ist in der Europäischen Union schon realisiert worden. Auch wenn das Europäische Parlament Teil eines umfassenderen Integrationsprozesses ist und noch über wenig Kompetenzen verfügt, zeigt es doch, in welche Richtung die Entwicklung gehen könnte. Auch der Europarat kann Hinweise für die künftige Marschrichtung abgeben.

Die Schweiz: Verstrickt in Zielkonflikten

In seiner Botschaft vom 19. September 1994 an das Parlament hat der Bundesrat erklärt, „in der neugeschaffenen Welthandelsorganisation wird die Schweiz bei Stellungnahmen und Entscheiden, welche die Entwicklungsländer betreffen, wie bis anhin die Grundsätze und Ziele der schweizerischen Entwicklungspolitik berücksichtigen“ (S. 73). Das bedeutet, dass Handel kein Selbstzweck sein darf, sondern einer umfassend verstandenen nachhaltigen Entwicklung mit ihren

ökonomischen, sozialen und ökologischen Dimensionen dienen muss. Doch die Praxis sieht anders aus:

- Anlässlich der Revision des **Zuckerbschlusses** sind entwicklungspolitische Anliegen von Bundesrat und Parlament krass missachtet worden. Die Agrarlobby im Parlament nahm die GATT-Lex zum Anlass, um die Produktion von schweizerischem Zucker zu stärken statt den Markt zu öffnen. So stieg der Selbstversorgungsgrad von 55% (1990/92) auf 85% (2000/02). Die Rekordernte von 1'425'000 Tonnen Zuckerrüben deckte 2002 erstmals gar 100% des Nettozuckerkonsums der Schweiz. Dabei wäre der Zuckerrübenanbau in Europa gegenüber den Zuckerrohrimporten aus dem Süden ohne massive Subventionierung wirtschaftlich in keiner Weise konkurrenzfähig. Auch ein Vergleich der Energiebilanzen fällt zugunsten des Rohrzuckers aus. Die Zuckerpolitik der Schweiz widerspricht völlig der Liberalisierungsidee der Uruguay-Runde und ist unverträglich mit den entwicklungspolitischen Zielsetzungen.
- 1994 in Marrakesch, anlässlich des Abschlusses der Uruguay-Runde, hat sich die Schweiz verpflichtet, das System der **Vorzugszölle** („Zollpräferenzen“) substantiell zugunsten des Südens zu verbessern, um deren unbestrittene Entwertung durch Freihandelsabkommen zu kompensieren. Die Revision der Zollpräferenzen von 1997 war enttäuschend. Die EU gewährt mit ihrer „Alles ausser Waffen“-Initiative den ärmsten Ländern neuerdings freien Marktzugang. Die Schweiz hat diesbezüglich ihre Hausaufgaben nach wie vor nicht gemacht. Die Erfassung aller Agrargüter, die Beseitigung von mit dem Verarbeitungsgrad wachsenden Zollhürden und positive Prämien für sozial und ökologisch verträgliche Erzeugnisse („Fair Trade“) sind weiterhin unerfüllte entwicklungspolitische Kernanliegen.
- Beim WTO-Abkommen zum **Schutz des geistigen Eigentums** („Trade Related Intellectual Property Rights, TRIPs“) hat sich die Schweiz stets für einen hohen Standard im Patentschutz eingesetzt und in Kauf genommen, dass dadurch die Versorgung mit Medikamenten monopolisiert und verteuert wird. Die Schweiz stellte sich so klar gegen die erklärten Interessen afrikanischer Staaten. Gleichzeitig unterstützt die Schweiz zu Recht in Mozambique und anderen Schwerpunktländern der Entwicklungszusammenarbeit das Gesundheitswesen. Die Haltung in der WTO widerspricht nicht nur entwicklungspolitischen

Forderungen, sondern auch der schweizerischen Praxis in der Vergangenheit: Bis 1978 konnten in der Schweiz Arzneimittel-Produkte nicht patentiert werden, weil man Zielkonflikte mit öffentlichen Interessen, der Versorgungssicherheit lebenswichtiger Medikamente, befürchtete.

Seit dem 1. Januar 2003 hat das für die WTO zuständige Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement einen neuen Vorsteher. Bundesrat Joseph Deiss hatte 1996 als Nationalrat den bereits erwähnten Appell der 129 Mitglieder des Schweizer Parlaments an die WTO mitunterzeichnet. Mit anderen Worten: Er hat unter anderem

- eine vollumfängliche und verbindliche Beseitigung aller Handelshemmnisse für Einfuhren aus den ärmsten Entwicklungsländern bis zum Jahr 2000 gefordert,
- eine stärkere Beteiligung privater Kreise - Zivilgesellschaft und Wirtschaft - an WTO-Prozessen befürwortet, und
- vorgeschlagen, die Schaffung eines WTO-Parlaments zu prüfen, um dem Demokratie-Defizit entgegenzuwirken.

Denn zentral sei letztlich der überzeugende Nachweis, so Mitunterzeichner Joseph Deiss, „dass die WTO-Handelsregeln allen zugute kommen und weder der Umwelt noch den ärmeren Ländern Schaden zufügen, sondern mit dem Gesellschaftsprojekt nachhaltiger Entwicklung vereinbar sind“. Zuckerimporte aus den ärmsten Entwicklungsländern sind auch im Jahr 2003 nicht zollfrei, Hilfswerke sind in den Schweizer WTO-Delegationen nach wie vor nicht vertreten, und der Schweizer Vorstoss für ein WTO-Parlament lässt auf sich warten. Das Wirken von Bundesrat Joseph Deiss in Sachen Handels- und Entwicklungspolitik wird an den Vorgaben von Nationalrat Joseph Deiss zu messen sein.

Richard Gerster, Dr. oec., (Richterswil), hat an der Universität St. Gallen Wirtschaftswissenschaften studiert. Er war bis 1998 Geschäftsleiter bei der Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke und arbeitet seither als selbständiger Berater und Publizist (www.gersterconsulting.ch). Unter anderem hat er „Globalisierung und Gerechtigkeit“ (hep-Verlag, Bern 2001) verfasst.